Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung

SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (2018)

Heft: 4: Die Bombe als Treiber der Atomkraft

Rubrik: Energie aktuell

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 23.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Energie aktuell

> CO2-Gesetz-Revision im Parlament



fb. Längst ist klar: Die Schweiz ist vom Klimawandel betroffen, stärker als andere Länder und stärker als bisher angenommen. Alle 10 Jahre muss das CO2-Gesetz totalrevidiert werden. Mit der aktuellen Revision soll festgeschrieben werden, wie die Schweiz die Verpflichtungen des Pariser Klimaabkommens einlösen kann. Die Botschaft des Bundesrats wurde von der Energiekommission des Nationalrats beraten, zurzeit wird das Gesetz im Parlament behandelt. Bereits davor zeigte sich, dass die Politik nicht energisch genug durchgreift. Sowohl Botschaft als auch UREK-N-Vorlage erscheinen weitgehend untauglich, um den Herausforderungen einer raschen und umfassenden Dekarbonisierung gerecht zu werden. Dies zeigt sich exemplarisch beim Sektor Verkehr: Eine griffige Klimapolitik ist praktisch inexistent.

> Kandidatin für die Atomausstiegsmedaille



vs. Ende September hat Bundesrätin Doris Leuthard ihren Rücktritt angekündigt. Ihr ist zu verdanken, dass der Neubau von Atomkraftwerken mit der Annahme der Energiestrategie 2050 gesetzlich verankert werden konnte. Mit diesem Entscheid hat Bundesrätin Leuthard die Schweizer Energiepolitik richtungsweisend geprägt.

Ob sie für ihr Wirken von Greenpeace und der SES die Atomausstiegsmedaille erhält, wird sich zeigen. Denn im Rahmen der laufenden Revision der Kernenergieverordnung sollen die geltenden Strahlenschutzbestimmungen so abgeschwächt werden, dass das AKW Beznau ohne Nachrüstungen noch über Jahrzehnte am Netz bleiben könnte. Leidtragend wäre die Bevölkerung, die just mit dem Ausstiegsentscheid vor dem steigenden Risiko der Altreaktoren hätte geschützt werden sollen.

> Kantonale Umsetzung der Energiewende



fb. Die Schweizer Bevölkerung hat 2017 JA gesagt zur nationalen Energiestrategie 2050. Nun geht es um die Umsetzung dieser Strategie auf kantonaler Ebene. Die Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich müssen bis 2020 in die kantonale Gesetzgebung überführt werden. Die Massnahmen sollen zur gesamtschweizerischen Harmonisierung und Vereinfachung der Energievorschriften beitragen. In einer nachparlamentarischen Phase befindet sich der Kanton Bern. Mit dem neuen Energiegesetz möchte der Kanton den CO2-Ausstoss im Gebäudesektor reduzieren. Viele Vorschläge wurden abgeschwächt, das Gesetz ist ein Kompromiss. Dennoch wurde vom HEV das Referendum ergriffen, das Gesetz kommt am 10. Februar 2019 zur Abstimmung. Die SES unterstützt das Berner Energiegesetz.

> 20 Jahre Nuclear Free Future Award



hn. Am 24. Oktober fand in Salzburg der Festakt zur Verleihung des Nuclear Free Future Award (NFFA) statt. Der NFFA ehrt Menschen, die sich für das Ende des Atomzeitalters engagieren. Der 83-jährige Wissenschaftler Peter Weish (A) wurde für sein Lebenswerk geehrt. Auch Didier und Paulette Anger (F) erhielten den Preis für ihr Lebenswerk: 45 Jahre gegen Atom-U-Boote, AKW und Atommüll in der Normandie. Der Preis in der Kategorie «Widerstand» ging an den Aborigine Jeffrey Lee (AUS): 14'000 Tonnen Uran bleiben in seinem Land. Mit dem Preis «Aufklärung» wurde der Indigene Karipbek Kuyukov (Kasachstan) geehrt: Ohne Arme als Opfer der sowjetischen Nukleartests von Semipalatinsk geboren. Linda Walker (GB) erhielt den Preis «Lösungen»: Ihr Hilfswerk Chernobyl Children's Project UK unterstützt seit 1995 krebskranke Kinder aus Weissrussland. www.nffa.de

> Freier Strommarkt: Mehr Nachteile als Vorteile

fn. Mitte Oktober hat der Bundesrat die Vernehmlassung zur Revision des Stromversorgungsgesetzes gestartet. Im Zentrum steht die volle Marktöffnung für KonsumentInnen, die weniger als 100'000 Kilowattstunden pro Jahr verbrauchen. Ohne zusätzliche Massnahmen für den Ausbau erneuerbarer Energien lehnt die SES die Marktöffnung ab. Sie bringt mehr Nachteile als Vorteile. Bei den Netzgebühren geht der Vorschlag des Bundesrats in der Tendenz in Richtung Flatrate beim Strombezug. Der Anreiz für effizienten und sparsamen Umgang mit Elektrizität wird so geschwächt. Das schafft Fehlanreize und ist für den Eigenverbrauch von Solarstrom schlecht (siehe S. 18/19). Bis am 31. Januar läuft die Vernehmlassung, gegen Mitte 2019 soll die Botschaft ans

> AKW Fessenheim: Jetzt bis 2022



ne. Im Hin und Her um das Stilllegungsdatum des ältesten französischen AKW Fessenheim hat sich nun auch das oberste französische Gericht eingeschaltet: Es hat auf Klage der Gemeinde Fessenheim ein Dekret aufgehoben, das die Schliessung des AKW Fessenheim an die Inbetriebnahme des neuen AKW Flamanville 3 knüpfte. Die Betreiberin EDF hat daraufhin angekündigt, Fessenheims Block 1 bis Mitte 2020 und Block 2 bis Mitte 2022 abzuschalten. Ob das Dekret zu einer schnelleren Abschaltung geführt hätte, ist fraglich. Der einzige französische AKW-Neubau in Flamanville kämpft seit Jahren mit grossen Verspätungen und Materialproblemen, zum Teil aufgrund gefälschter Dokumente. Wann das neue AKW in Betrieb gehen wird, ist noch immer unklar.

> China: Kritik an neuen AKW

Parlament gehen. Die SES bleibt dran.



ne. Offen vorgetragener Kritik am Regierungskurs begegnet man in China selten. Umso erstaunlicher deshalb, dass derzeit der Ausbau der Atomkraft im Reich der Mitte vom regierungsnahen chinesischen Forum für saubere Energie öffentlich in Frage gestellt wird. Seit dem Super-GAU von Fukushima wurde in China mit Abstand am meisten in neue AKW investiert.

Hochrangige Vertreter des Forums verweisen nun auf die mangelnde Wirtschaftlichkeit und die langen Bauzeiten für neue AKW und empfehlen stattdessen Investitionen in erneuerbare Energien. Beigetragen zu dieser Kritik hat unter anderem der jährlich erscheinende Status Report zur weltweiten Lage der Atomkraft von Mycle Schneider (vgl. Artikel auf S. 10/11), der 2017 auf chinesisch übersetzt wurde und aufzeigt, dass China mit seinem Ausbau relativ allein dasteht.

> AKW Leibstadt: Heimlich zurück zu 100 %



ne. 2016 stand das AKW Leibstadt wegen sogenannter Dryouts an den Brennstäben rund acht Monate still. Ohne die genaue Ursache zu kennen, liess das ENSI das AKW zurück ans Netz. Als Gegenmassnahme wurde eine Leistungsreduktion von rund 10% verfügt. Nun ergaben weitere Abklärungen, dass es sich doch nicht um Dryouts gehandelt habe, sondern dass die Probleme von Geschwemmsel im Kühlwasser herrührten.

Das ENSI und seine Experten setzten damit mehr als zwei Jahre lang auf eine falsche Erklärung. Trotzdem durfte das AKW Leibstadt nun seine Leistung wieder auf rund 93% der vormaligen Leistung erhöhen. Derweil läuft noch immer ein Verfahren, in dem die SES die Expertengutachten von 2016 angefordert hat. Doch das AKW Leibstadt wehrt sich mit allen juristischen Mitteln gegen die Herausgabe.